

## Dossier

# Frankreich und der Stabilitäts- und Wachstumspakt

## Paris und Berlin sägen an den Budgetregeln der Währungsunion

DANIELA SCHWARZER\*

Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion kontrolliert, steht bevor. Die Reform, die unter der Luxemburgischen Ratspräsidentschaft im Frühjahr 2005 erwartet wird, könnte mehr bedeuten als kleine Adjustierungen an einem technisch-formalen Regelwerk. Werden die Vorschläge der EU-Kommission von Anfang September verwirklicht, wird der Pakt so flexibilisiert, dass sich der politische Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten weiter ausweitet. Damit entfernt sich der Stabilitätspakt noch weiter von dem, was die deutsche Regierung 1995 als Ziel formulierte, als sie das Regelwerk vorschlug: Einem Mechanismus zur Überwachung und Sanktionierung von unsolider Fiskalpolitik in der Eurozone, der möglichst wenig Raum für politische Diskretion lässt.

Grund für den Reformvorstoß knapp fünf Jahre nach Beginn der Währungsunion ist die zunehmende Unglaubwürdigkeit der Regeln und die wachsende Kritik an ihrer ökonomischen Rationalität. Frankreich, Deutschland und Italien – die drei größten Volkswirtschaften der Eurozone – haben mit ihrer Neuverschuldung wiederholt die Zielvorgaben des Pakts verfehlt und zudem eine Anwendung des Frühwarnsystems und des

Sanktionsmechanismus verhindert. Gemeinsam haben Frankreich und Deutschland im November 2003 den Konflikt im Rat der Wirtschafts- und Finanzminister Ecofin und mit der Europäischen Kommission auf die Spitze getrieben. Der Ecofin war intern und mit der Kommission tief zerstritten über die Frage, ob die beiden Länder 2004 im Rahmen von Defizitverfahren finanzpolitische Zwangsaufgaben bekommen sollten. Das Ergebnis: Deutschland und Frankreich brachten eine qualifizierte Mehrheit von Mitgliedstaaten auf ihre Seite, die das Verfahren entgegen der Kommissionsempfehlung aussetzten. Die Kommission klagte daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof. Zwar hat der Gerichtshof die Ecofin-Entscheidung gegenüber Deutschland und Frankreich teilweise für illegal erklärt, doch die Fortführung der Defizitverfahren ist angesichts der konkreten Reformperspektive des Pakts unwahrscheinlich: Der neue Währungskommissar Joaquín Almunia hat bereits zugestanden, den „Geist der Reformdiskussion“ bei seiner Entscheidung zu berücksichtigen. Dies macht eine Wiederaufnahme der Defizitverfahren unwahrscheinlich, da wohl von vornherein keine eingeleitet worden wären, wenn die Reform, wie von der Kommission jetzt vorgeschlagen, bereits in Kraft wäre.

\* Daniela Schwarzer ist die Frankreich-Korrespondentin der „Financial Times Deutschland“.

Während die deutsche und die französische Regierung das November-Votum der Wirtschafts- und Finanzminister als pragmatische und wirtschaftspolitisch sinnvolle Interpretation des Pakts werteten, erklärten andere Regierungen, Kommissionsvertreter und politische Kommentatoren den „Tod“ des EU-Regelwerks. Vor diesem Hintergrund gilt den einen der Reformvorschlag der Kommission als Versuch, dem Stabilitätspakt seine Glaubwürdigkeit zurückzugeben und seine Anwendung praktikabler zu machen. Für andere, so zum Beispiel die deutsche Bundesbank, würde die Umsetzung der von der Kommission vorgeschlagenen Reformen den Pakt noch weiter schwächen: „Die Anreize für eine solide Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten würden vermindert.“<sup>1</sup>

Ob der Pakt nach der wahrscheinlichen Reform ein geeigneteres Instrument ist, um die Mitgliedstaaten zur Haushaltsdisziplin anzuhalten, hängt vom politischen Willen der Regierungen ab, diese Regeln in der innenpolitischen Auseinandersetzung – insbesondere vor Wahlen – über opportunistische Entscheidungsalternativen zu stellen. Wenn über die künftige Tragfähigkeit des europäischen Regelwerks gestritten wird, richtet sich unweigerlich der Blick auf Frankreich und Deutschland. Heute sind die beiden größten Volkswirtschaften der Währungsunion auch deren größte Problemfälle in Sachen Haushaltspolitik. Besonders die französische Regierung, die seit den Maastricht-Verhandlungen Anfang der 1990er Jahre andere Regeln zur wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Währungsunion einfordert, könnte nach der Reform budgetpolitisch weiter über die Stränge schlagen und damit verhindern, dass der Pakt seine Glaubwürdigkeit zurückgewinnt. Obgleich die Regierung seit Monaten verspricht, den Pakt ab 2005 wieder einzuhalten, drängt sich die Frage auf: Wie glaubwürdig sind – gerade bei einem gelockerten Regelwerk – die Konsolidierungsversprechen aus Paris?

## Der Brüsseler Reform-Vorschlag

Im Kern zielt das Konzept der Kommission darauf ab, die Staaten in guten Zeiten zu mehr Konsolidierung zu treiben und ihnen in Schwächephase mehr Spielraum zu geben. In konjunkturell belasteten Zeiten sollen sie Möglichkeiten zur Ankurbelung der Wirtschaft auch über eine höhere Staatsverschuldung als gegenwärtig zulässig erhalten: Staaten mit einer übermäßigen Verschuldung sollen bei einer schlechten Konjunkturlage mehr Zeit bekommen, um ihr Defizit abzubauen. Außerdem sollen Schuldenstände und die individuelle Situation der nationalen Volkswirtschaften stärker berücksichtigt werden. Eine mehrjährige Stagnation soll als „besonderer Umstand“ eine zeitweilige Überschreitung der Defizitgrenze erlauben. Ökonomisch machen diese Vorschläge durchaus Sinn, da sie – so sie konsequent angewendet werden – die Chance erhöhen, dass die Mitgliedsländer ihren Haushalt über den Zyklus ausgleichen und nicht in eine prozyklische Haushaltspolitik verfallen. Dass Frühwarnungen künftig auch bei fehlender Konsolidierung in Boom-Zeiten ausgesprochen werden sollen und die Drei-Prozent-Obergrenze nicht berührt wird, kommt Hardlinern wie Österreich und den Niederlanden entgegen. Doch würden die Änderungen gleichzeitig mehr Interpretationsspielraum schaffen – es wäre noch einfacher, die Regeln nach nationalen Interessenlagen auszulegen und etwa unter Wahlkampfgesichtspunkten hier und da ein Auge zuzudrücken. So ist es kaum überraschend, dass der deutsche Finanzminister Hans Eichel die Reformvorschläge (für ihre „ökonomische Logik“) begrüßte und sich gegen die Kritik aus den Reihen der Opposition hinter den Entwurf der EU-Kommission stellte. Frankreich hielt sich mit einer offiziellen Stellungnahme zunächst zurück. Doch aus Diplomatenkreisen verlautete Zustimmung – die Stoßrichtung stimmt mit Frankreichs Reformforderungen überein.

## Deutsch-französischer Schulterschluss für Aufweichung

Dass die Kommission im September konkrete Reformempfehlungen vorgelegt hat, ist nicht allein ein Ergebnis des Streits im Ecofin im November 2003 und des Urteils des Europäischen Gerichtshofs. Die Reform des Pakts wurde durch viele kleinere Einzelentscheidungen über seine konkrete Anwendung vorbereitet, die für Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedstaaten untereinander und mit der Kommission sorgten. Die praktische Anwendung des Pakts und der weiteren Mechanismen zur fiskalpolitischen Koordinierung in der Eurozone haben einen neuen Zungenschlag in die Interpretation des Regelwerks gebracht: Seit 2001 wurde die zyklische Situation der Mitgliedstaaten und die Stabilisierungsfunktion nationaler Fiskalpolitik zunehmend anerkannt. Um dem Rechnung zu tragen, zeigte sich eine Mehrheit der Mitgliedstaaten bereit, die Regeln im Sinne der Defizitsünder auszulegen und die praktische Implementierung der Überwachungs- und Sanktionsmechanismen locker zu handhaben. Zudem scheinen auch die Befürworter

eines strikt angewendeten Stabilitätspakts nach der Devise zu handeln: Lieber einen Kompromiss suchen, als einem Land Auflagen zu machen, die es später nicht einhält und damit den Pakt weiter delegitimiert. So zumindest lassen sich die Ecofin-Entscheidungen seit der Mahnung an Irland für seine expansive Haushaltspolitik im Februar 2001 interpretieren. Deutschland und Frankreich haben bei der zunehmend flexibleren Auslegung des Regelwerks eine besondere Rolle gespielt.

Frankreich gehört zu den Ländern, die den Stabilitätspakt bereits vor Monaten explizit infrage gestellt haben. Und das aus nahe liegenden Gründen: Wie Deutschland bricht unser Nachbar 2004 zum dritten Mal in Folge die Drei-Prozent-Obergrenze für die Neuverschuldung und ist damit weit entfernt von dem Ziel, den Staatshaushalt auszugleichen. Zudem wachsen die französischen Staatsschulden – wie die deutschen – seit drei Jahren wieder an. Folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung von Neuverschuldung und öffentlichem Schuldenstand in beiden Ländern seit dem Jahr 2000:

**Tabelle 1**

	2000	2001	2002	2003	2004*
Frankreich: Neuverschuldung in % des BIP	1,4	1,5	3,2	4,1	3,7
Deutschland: Neuverschuldung in % des BIP	1,1	2,8	3,5	3,9	3,6
Frankreich: Schuldenstand in % des BIP	57,2	56,8	58,6	63,7	64,4
Deutschland: Schuldenstand in % des BIP	60,2	59,5	60,8	64,2	65,6

Seit Beginn der Währungsunion ist Frankreich mehrmals in Konflikt mit dem Vertragswerk geraten und hat die EU-Partner wiederholt zu einer flexiblen Auslegung der budgetpolitischen Regeln gedrängt. Dabei ging es nicht nur um die Überschreitung des Defizitlimits von drei Prozent. Vor der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2002 forderte Staatspräsident Jacques Chirac darüber hinaus, das Ziel, 2004 ausgeglichene Haushalte vorzulegen, nach hinten zu verschieben. Grund des Vorstoßes waren nicht nur konjunkturpolitische Überlegungen. Chirac war mit weit reichenden Steuer- und Ausgabenversprechungen in den Präsidentschaftswahlkampf gezogen. Im Falle seiner Wiederwahl sollte die Einkommenssteuer bis 2007 um 30 Prozent sinken. Gleichzeitig versprach er Mehrausgaben von 30 Milliarden Euro, davon allein 14 Milliarden Euro für den Verteidigungsetat. Chirac hatte im Juni 2002 – gestärkt durch seine Wiederwahl gegen den Rechtsextremisten Le Pen – gegenüber den EU-Partnern Erfolg: Der Rat gestand ihm zu, dass der Haushaltsausgleich 2004 nur bei einem Wirtschaftswachstum von drei Prozent erreicht werden müsse – eine Zahl, die unter anderem Ökonomen der OECD schon zum Jahresende 2001 für völlig unrealistisch hielten und statt dessen 1,6 Prozent Wachstum prognostizierten.<sup>2</sup> Beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Sevilla wurde für den Haushaltsausgleich als neues Zieldatum das Jahr 2007 festgelegt. Interessanterweise argumentierte Frankreich schon damals in der Logik, die heute den Reformvorschlag der EU-Kommission dominiert: Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung müssen das Wachstum der Volkswirtschaft berücksichtigen, um eine prozyklische Politik – also Sparen, das ein bereits niedriges Wachstum weiter schwächt – zu verhindern.

Diese Position wurde von Deutschland 2002 noch nicht explizit geteilt. Finanzminister Eichel musste sich stattdessen den Vorwurf gefallen lassen, die deutsche Wirtschaft

durch seinen Versuch der Haushaltskonsolidierung „kaputt zu sparen“. Seinen französischen Amtskollegen kritisierte er für dessen mangelnde Einhaltung der EU-Regeln. Auch die Kommission nahm gegenüber Paris kein Blatt vor den Mund: Nie zuvor hatte sich ein EU-Kommissar in so deutlicher Art und Weise in eine nationale haushaltspolitische Debatte eingemischt, wie Pedro Solbes in Frankreich im Jahr 2002. Kaum hatte Chirac seine Forderung zur Vertagung des Haushaltsausgleichs sowie seine budgetpolitischen Wahlversprechen formuliert, gab der Währungskommissar ein äußerst kritisches und weit beachtetes Interview in der französischen Wirtschaftszeitung „La Tribune“ (12.3.2002), in dem er den Stabilitätspakt verteidigte und Steuersenkungen, die nicht gefeinhänzig sind, verurteilte. Die Kommission und einige EU-Partner störten sich allerdings nicht nur an den weit reichenden Wahlversprechen für die Zeit von 2003 bis 2007. Frankreich plante für 2002 zu diesem Zeitpunkt bereits ein Defizit von 2,7 Prozent – was vor allem auf diskretionäre Entscheidungen wie zum Beispiel nicht gegenfinanzierte Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen zurückging. Tatsächlich weitete sich die Neuverschuldung wegen des Wachstumseinbruchs 2002 auf 3,2 Prozent aus. Das Versprechen, zu einem späteren Zeitpunkt den Haushalt zu konsolidieren, stieß auf Misstrauen, nachdem Frankreich zuvor bereits zwei Mal freiwillige, das heißt nicht sanktionierte, Übereinkünfte der Wirtschafts- und Finanzminister schlichtweg ignorierte: die Absprache, den hohen Ölpreis nicht durch eine Senkung der Mineralölsteuer für das Speditionsgewerbe abzufangen, und die Festlegung, unerwartete Mehreinnahmen in den Schuldenabbau zu stecken.<sup>3</sup>

Während Deutschland Frankreich noch kritisierte – obwohl auch das deutsche Defizit gefährlich nah an die Drei-Prozent-Grenze heranreichte – war Paris schon längst bereit, andere Länder bei der Aufweichung der

Regeln zu unterstützen. Im Februar 2002 hatte sich Frankreich im Ecofin auf die Seite Deutschlands und Portugals geschlagen, und eine Frühwarnung an beide Länder mitverhindert. Berlin und Lissabon verpflichteten sich im Gegenzug zu Konsolidierungsmaßnahmen und einem Haushaltsausgleich bis 2004. Während Portugal tatsächlich ein umfassendes Sparprogramm durchsetzte, krankte der deutsche Konsolidierungswillen zum einen an der Bundestagswahl 2002 – und zum anderen an dem schwachen Wirtschaftswachstum, das deutlich hinter den Erwartungen zurückblieb. So standen Deutschland und Frankreich im November 2003 im Ecofin plötzlich Schulter an Schulter am Pranger für ihre übermäßigen Defizite – und überzeugten die Mehrheit der Mitgliedsländer, das Defizitverfahren auf unbestimmte Zeit auszusetzen.

### **Wirtschaftserholung bietet finanzpolitischen Spielraum**

Die Zugeständnisse bei der Anwendung des Pakts haben Frankreich und Deutschland den EU-Partnern erneut durch Konsolidierungsversprechen abgerungen. Seit Ende letzten Jahres propagiert die französische Regierung – ebenso wie die deutsche – die Einhaltung der Drei-Prozent-Regel im Jahr 2005. Ein Urteil, wie ernst Paris seine erneuten Bekenntnisse zu Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau meint, ist angesichts der innenpolitischen Lage schwierig. Größte Unsicherheitsfaktoren sind der Wechsel des Finanzministers in diesem Herbst und die Robustheit und Tragweite des sich abzeichnenden Aufschwungs. In jedem Fall aber schafft die konjunkturelle Erholung günstigere Rahmenbedingungen als 2004 dafür, dass Frankreich ab kommendem Jahr sein Defizit reduziert, und damit seine Konsolidierungsversprechen und die Brüsseler Forderung erfüllt, das Anwachsen des Schuldenbergs zu stoppen.

Bereits im laufenden Jahr sorgte das wieder erstarkende Wirtschaftswachstum für budgetpolitische Entspannung. Der Haushalt 2004 basierte auf einer Wachstumsannahme von 1,7 Prozent des BIP – das tatsächliche Wirtschaftswachstum schätzt die OECD mittlerweile auf 2,6 Prozent. Damit kann die Regierung mit mehr Steuereinnahmen und weniger konjunkturell bedingten Ausgaben rechnen. Das strukturelle Defizit – also die diskretionären, um die Konjunktur bereinigten Staatsausgaben und -einnahmen – dürfte sich jedoch entgegen der Budgetplanung ausweiten. Grund dafür sind eine Reihe von populären Entscheidungen während des laufenden Haushaltsjahres: Auf der Einnahmenseite wurden beispielsweise Neuinvestitionen von Unternehmen von der so genannten „taxe professionnelle“ ausgenommen, eine Gewerbesteuer, die direkt den regionalen Gebietskörperschaften zufließt. Hinzu kommen diverse Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen und Steuerbegünstigungen für die Gastronomie. Auch der private Konsum wird budgetpolitisch gefördert. Im Mai wurden Schenkungen an Kinder und Enkel bis zu einer Höhe von 20 000 Euro von der Steuer freigestellt. Begünstigt wurden ebenfalls Kleinkredite für den privaten Konsum. Die Begrenzung der Staatsausgaben auf sieben Milliarden Euro, die bislang nicht zur Disposition steht, dürfte aber dafür sorgen, dass die Regierung ihre ursprünglichen Ausgabenziele einhält. Wenn also zum Jahresende 2004 ein unerwartetes Loch im Haushalt auftaucht, dann ist dies provoziert durch die Bereitschaft der Regierung, auf der Einnahmenseite Zugeständnisse zu machen.

Für 2005 hat sich der derzeitige Finanzminister Nicolas Sarkozy den vom Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebenen Obergrenzen für das Haushaltsdefizit verschrieben und will die Neuverschuldung unter drei Prozent des BIP drücken. Dieses Ziel verteidigt er mit 'deutsch-ordoliberal' anmutender Konsolidierungsrhetorik. Sogar die Entschei-

derung des Europäischen Gerichtshofes, dass die Aussetzung des Defizitverfahrens gegen Deutschland und Frankreich unrechtmäßig gewesen sei, begrüßte er als positiv: „Dies wird mir dabei helfen, den Haushalt zu konsolidieren.“ Mit dem Konsolidierungskurs hat Sarkozy eine Kehrtwende zur Politik seines Amtsvorgängers Francis Mer eingeleitet, den er im März 2004 nach einer Regierungs-umbildung ablöste. Der budgetpolitische Richtungswechsel ist allerdings nicht allein dadurch zu erklären, dass Frankreich keinen weiteren Streit mit den EU-Partnern provozieren möchte. Wie obige Tabelle gezeigt hat, ist der öffentliche Schuldenstand in Frankreich seit Beginn der Währungsunion deutlich angewachsen, und eine weitere Defizitpolitik würde die Zinsbelastung mittelfristig in schwer verkraftbare Höhen steigen lassen.

### Haushaltspolitische Prioritäten für 2005

Für das Budget 2005 sind einige Weichen schon gestellt, nachdem Sarkozy den Entwurf am 22. September im Kabinett vorstellte. So dürften die Steuererleichterungen für die Gastronomie und haushaltsnahe Dienstleistungen, die Steigerung des gesetzlichen Mindestlohns SMIC und der „Plan Borloo“, ein Ausgabenprogramm zur Förderung des sozialen Zusammenhalts, im kommenden Jahr für Mehrausgaben von fünf Milliarden Euro sorgen. Sozialpolitische Ziele bleiben angesichts der mit knapp zehn Prozent anhaltend hohen Arbeitslosigkeit eine politische Priorität, die sich die Regierung etwas kosten lässt – unter anderem, um ein Gegengewicht zu anderen, liberalen Reformen zu bilden. Zu den genannten Mehrausgaben kommen Steigerung beim Zinsdienst und bei Gehältern und Rentenversorgung der Beamten. Zudem sind weitere Maßnahmen zur Förderung des privaten Konsums zu erwarten. Eine weitere Senkung der Abgabenlast können 2005 die Unternehmen erwarten. Die Diskussion um

die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes hat Frankreich in diesem Sommer erreicht, als – ähnlich wie in Deutschland – Unternehmen mit der Drohung, ins Ausland abzuwandern, eine Aufweichung der Arbeitszeitregelungen erzwingen. Eng verknüpft wird diese Diskussion mit der Abgabenlast. Dass Frankreich bei der Senkung der Unternehmenssteuern an die Grenzen seines Handlungsspielraums zu stoßen scheint, belegt die Forderung von Sarkozy, EU-Länder mit einer unterdurchschnittlichen Steuerbelastung für Unternehmen von Strukturfondsmitteln auszunehmen. Damit will er Abwanderungen in die mittel- und osteuropäischen EU-Länder verhindern – und greift damit die von Bundeskanzler Gerhard Schröder kurz vor dem EU-Beitritt der neuen Mitgliedsländer im Mai 2004 formulierte Angst vor Steuerdumping auf.

Um das strukturelle – also nicht konjunkturabhängige – Defizit trotz dieser Entscheidungen zu drücken, werden also an anderer Stelle deutliche Einsparungen nötig sein. Sarkozys Ziel ist es, das Ausgabenvolumen auf 288,8 Milliarden Euro zu begrenzen, was einer Steigerung um die Inflationsrate (1,8 Prozent) entspricht. Im höchst defizitären Gesundheitsbereich könnten die Einsparungen nach der diesjährigen Reform optimistischen Schätzungen zufolge bei rund acht Milliarden Euro liegen. Als wichtiges Signal an Brüssel und die EU-Partner galt die Entscheidung von Regierung und Präsident Chirac, die Einkommenssteuer 2005 entgegen den Wahlversprechen aus dem Jahr 2002 nicht weiter zu senken.

Sarkozys Konsolidierungsrhetorik und der bestehende Entwurf des Budgetgesetzes sind jedoch noch keine Garantie dafür, dass Frankreich 2005 den Stabilitätspakt wieder einhält. Der 49-Jährige – seit zwei Jahren der beliebteste Politiker Frankreichs – ist ein Finanzminister auf Abruf. Auf Druck von Staatspräsident Chirac hat er seinen Rücktritt aus dem Kabinett angekündigt, sollte er zum Vorsitzenden der UMP gewählt werden. Die Chan-

cen, dass er zwischen dem 15. und 21. November zum neuen Parteichef gemacht wird, stehen extrem gut: Bei einem Parteitag in Avoriaz am 4. September 2004 hielt er seine erste Rede als Kandidat für den Vorsitz und erntete breiteste Zustimmung. Damit konnte Sarkozy zwar am 22. September noch den Haushaltsentwurf im Kabinett präsentieren und wird wohl auch die Haushaltsdebatte ab dem 19. Oktober im Parlament noch als Finanzminister steuern können. Doch die Implementierungsüberwachung und diskretionäre Entscheidungen etwa über die Verwendung von Mehreinnahmen wird sein Nachfolger vornehmen.

Die zweite Frage ist, wie im kommenden Jahr die konjunkturbedingten Ausgaben reagieren. Zwar versprechen die Wachstumsprognosen mit 2,4 Prozent des BIP und das Aussetzen der ursprünglich anvisierten Einkommensteuersenkungen stabile Staatseinnahmen. Die Erholung am Arbeitsmarkt lässt in Frankreich jedoch schon seit Monaten auf sich warten. Nach Schätzungen der OECD dürfte die Arbeitslosigkeit 2005 noch immer bei 9,6 Prozent liegen. Damit sinken die Ausgaben der Sozialkassen und Arbeitslosenversicherung bislang nicht im gleichen Maße wie in früheren Aufschwüngen. Hält die Regierung sich an das Ziel, die Nettoneuverschuldung unter drei Prozent des BIP zu drücken, ist in diesem Szenario der Handlungsspielraum bei den diskretionären Staatsausgaben gering.

Im Vergleich zu Deutschland hat Frankreichs Haushaltspolitik der vergangenen Jahre von mehr budgetpolitischem Voluntarismus gezeugt. Früher als Berlin setzte Paris

auf eine zyklische Stabilisierung, unter anderem durch die gezielte Förderung des privaten Konsums, um die Inlandsnachfrage auf Trab zu bringen sowie diverse fiskalische Maßnahmen, um Frankreichs Attraktivität als Unternehmensstandort, vor allem gegenüber Mittel- und Osteuropa, zu steigern. Mit der expliziten Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und Konsolidierungsbereitschaft – in nationalen Haushaltsentscheidungen und gegenüber den EU-Partnern – hat Frankreich sicherlich dazu beigetragen, dass die Wirtschaft 2005 das zweite Jahr in Folge mit etwas 2,4 Prozent wieder deutlich wächst. Paris hat dadurch aber auch eine lockerere Anwendung der EU-Regeln zur Budgetkontrolle im Ecofin bewirkt und zu einem schrittweisen Wandel des Diskurses beigetragen. Auch in Deutschland waren Überlegungen zur Notwendigkeit einer fiskalpolitischen Stabilisierung auf Arbeitsebene im Finanzministerium lange kein Tabu mehr, als Finanzminister Eichel noch am Sparkurs und seiner Konsolidierungsrhetorik festhielt. Die Reaktion des deutschen Finanzministers auf die Reformvorschläge der EU-Kommission deutet allerdings darauf hin, dass sich beide Länder nun auch in ihren offiziellen Positionen angenähert haben. Spannend bleibt die Frage, ob beide Staaten in den nächsten Jahren Bereitschaft zeigen, ihre Haushaltspolitik an die weiter bestehenden Zielvorgaben aus Brüssel anzupassen. Sollte das Regelwerk wie von der Kommission vorgeschlagen geändert werden, ist dazu künftig noch mehr als zuvor die Bereitschaft der Mitgliedstaaten erforderlich.

1 Deutsche Bundesbank, Pressenotiz vom 7.9.2004.

2 OECD: Policy Brief: Economic Survey of France. Paris 2001.

3 Für Details siehe Daniela Schwarzer: The Eurogroup as a forum for macro-economic policy coordination in EMU. In: Kaiser, Wolfram / Starie, Peter (Hg.): Transnationalism in the European Union. Routledge, i.E.